

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,

für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zusätzlich Postgebühr. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postbestellungen und Postwechselungen sind zu richten an die Geschäftsstelle, nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. In Halle höherer Betriebsbedürfnisse beliebt kein Nachdruck auf Verletzung der Zeitung oder Abgang des Bezugspreises. Rücksendung einzelner Exemplare erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.



Werbungspreis: die 4-spaltige Raumzeile 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark. Die 2-spaltige Raumzeile im letzten Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichsmark. Sonstige und Plagiaten werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 10. Uhr. Fernsprecher: Ami Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Roffen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 141 — 92. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 20. Juni 1933

Ungarn, unser Freund.

Im Trübel der außenpolitischen Ereignisse, die einen Teil des Reichskabinetts nach London herübergeholt haben, wo also Dinge von weltgeschichtlicher Bedeutung vor sich gehen, ist es ein äußerlich nicht allzu sehr in die Augen fallendes Vorkommnis, daß der ungarische Ministerpräsident Gömbös nach Deutschland gereist ist und mit dem Reichskanzler Adolf Hitler eine lange Aussprache gehabt hat, an die sich Besprechungen auch mit anderen deutschen Persönlichkeiten des außenpolitischen Dienstes angeschlossen. Diese Verhandlungen dürften im Auslande eine größere Beachtung finden als in Deutschland, und zwar deswegen, weil wir Deutsche es durchaus nicht mehr als „sensational“ empfinden, wenn der nunmehr zum Führer der Geschichte seines Landes bestellte, die nationalen Interessen Ungarns mit rücksichtslosem Einsatz seiner Persönlichkeit verteidigende Schöpfer des erwachenden Ungarn mit dem Haupt des erwachenden Deutschland enge Beziehungen herzustellen wünscht.

Was in Deutschland seit dem 30. Januar mit elementarer Kraft zum Durchbruch kam, hat sich in dem 1919 durch die „Friedens“-Diktate so furchtbar mißhandelten Ungarn schon längst durchgesetzt, und den Deutschen, der durch Ungarn reife, hat eine gewisse Beschämung darüber ergriffen, wenn er auf Schritt und Tritt sehen konnte, daß das ganze politische Leben und Wollen in Ungarn unter dem Zeichen des Protestes gegen die Grenzbeziehungen und sonstigen Bestimmungen der Pariser Diktate von 1919 stand und steht. Man ist in Ungarn aber auch sehr rasch und sehr gründlich mit dem Kommunismus fertig geworden, nachdem die Ara eines Bela Kun — dem weder der ungarische Vor- noch der deutsche „Kohn“ verfallende Vatername zum — von dem Admiral und Reichsverweser Horti mit eisernem Besen aus Ungarn hinausgefegt worden ist.

Der jetzige Ministerpräsident Gömbös hat sich und den maßgebenden Einfluß seiner nationalistischen Partei erst im harten Kampf gegen innere Gegner, vor allem aber gegen die äußeren Feinde durchsetzen können, die die Entwicklung in Ungarn im schärfsten Mißtrauen beobachteten. Dieser Argwohn, diese Besorgnis vor dem „erwachenden Ungarn“ ist in erster Linie das Band, das die kleine Entente, also Jugoslawien, Rumänien und die Tschekoslowakei, zusammenhält. Alle diese Staaten sind ja im Besitz von ehemals ungarischen Gebietsanteilen, und die Ungarn sind die letzten, die diese Mißhandlung ihrer Nation durch die Pariser Diktate vergessen. Der Argwohn der Nachbarn hat sich noch beträchtlich gesteigert, als die Beziehungen zwischen Italien und Ungarn besonders eng geworden sind und auch von Mussolini ganz unter das Zeichen der Revision des Diktates von 1919 gestellt wurden. Und das ist eine Brücke, die gerade das neue Deutschland mit Ungarn verbindet.

Die Budapestener Wälder deuten auch ganz offen an, daß die Verhandlungen des ungarischen Ministerpräsidenten mit dem deutschen Reichskanzler mehr als nur einen wirtschaftspolitischen Charakter besaßen. Herr Gömbös hat selbst erklärt, daß für einen ungarischen Politiker die innere Umgestaltung der Ungarn am nächsten liegenden Großmacht nicht gleichgültig sein könne. Wir Deutschen müssen im Kampf gegen die Verleumdungen draußen in der Welt über das neue Deutschland dem ungarischen Ministerpräsidenten für den Hinweis dankbar sein, daß Ungarns nationale Erhebung auch vom Ausland in der verkehrtesten Form behandelt worden sei, ebenso wie übrigens der italienische Faschismus. Dem erwachenden Deutschland geht es ja gerade so!

Die kleine Entente hat im Verein mit Polen versucht, Ungarn nicht bloß wirtschafts-, sondern auch machtpolitisch in die Range zu nehmen und den Südosten Europas auf diese Weise politisch zusammenzupressen im Sinne einer Machtsphäre für Frankreich. Allerdings stemmten sich diesem Vorhaben die wirtschaftspolitischen Bedingungen und Tatsachen in dem Südostraum Europas hartnäckig entgegen. Man kann, wie Tardieu es anfangs 1932 versuchte, den Agrarreport dieser Länder nicht an Deutschland vorbeizuleiten versuchen, denn für die Überfülle der Erzeugnisse jener Länder ist die Tschekoslowakei viel zu wenig aufnahmefähig, und Frankreich selbst kommt für den Konsum dieser Agrarprodukte des europäischen Südostens gar nicht in Frage; es hat seine Grenzen gegen die Agrarimporte fast abgeperrt.

Sehr viel besser sieht es aber hinsichtlich des Warenverkehrs zwischen Ungarn und Deutschland. Die ersten Versuche vor zwei Jahren, hier im Verein mit Österreich gefändere handelspolitische Verhältnisse zu schaffen, sind bekanntlich durch das brutale Machtwort Frankreichs, dem sich der Völkerbund angeschlossen, kurzerhand zunichte gemacht worden und es blieben nur provisorische Vereinbarungen für eine künftige Verbesserung des Warenverkehrs, die auf einen ganz anderen handelsvertraglichen Boden gestellt waren, aber infolge des Widerwinds anderer Staaten bisher nicht verwirklicht

SA. und SS. in Oesterreich verboten.

Der NSDAP. jede Tätigkeit untersagt.

Der amtliche Bericht.

Eine amtliche Verlautbarung über den österreichischen Ministerat besagt:

Der Bundeskanzler Dr. Dollfuß rief sofort nach Erhalt der Nachricht von dem Anschlag auf eine Waffenkompanie in Krems den Ministerat zusammen, der bis in die späten Abendstunden tagte. Der Sicherheitsminister berichtete, daß die polizeiliche Untersuchung und teilweise Geständnisse der Verhafteten bezüglich der letzten Sprengstoffattentate in Wien einwandfrei erwiesen habe, daß die Teilnehmer an diesen Attentaten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und deren Schutzstaffeln (SA. und SS.) Abteilungen angehören.

Auf Grund dieser Tatsachen beschloß der Ministerat, die SA. und SS.-Abteilungen sowie den Vaterländischen Schutzbund aufzulösen und der österreichischen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (Hitlerbewegung) jede Betätigung in Osterreich und insbesondere auch die Bildung irgendwelcher Parteiorganisationen zu verbieten. Damit sind auch alle Abzeichen der Partei verboten.

Bezüglich der Vorgänge in Krems sind alle Maßnahmen getroffen worden, um Weiterungen restlos zu verhindern. Die strengste Untersuchung ist eingeleitet.

Wien in Alarmzustand.

Wien, 19. Juni. In Wien ist sofort nach dem Beschluß des Ministerrates die Polizei und die Garnison in Alarmzustand versetzt worden. Ueber die Maßnahmen auf Grund der

Verordnung herrscht noch nicht völlige Klarheit. Soweit bisher festgestellt werden konnte, sollen den Abgeordneten der Partei die Mandate nicht aberkannt werden, da sie ja frei gewählt sind. Auch die Zeitungen sollen erscheinen können. Jede parteipolitische Betätigung ist jedoch verboten.

Handgranatenanschlag auf eine Turnergruppe in Krems.

Zwei Tote, viele Verletzte.

Von parteiamtlicher christlich-sozialer Seite wurde eine Mitteilung herausgegeben, daß in Krems an der Donau eine Gruppe der christlich-deutschen Turnerschaft, die dort in Ausbildung steht, auf einem Schießplatz Übungen veranstaltete. Während der Übungen wurden auf dem Schießplatz, der in einer Mulde liegt, vom Waldbang her zwei zusammengebundene Handgranaten herabgeworfen,

die explodierten und große Verheerungen anrichteten. Zwei Mitglieder der Turnerschaft wurden schwer verletzt, eine Anzahl verwundet. In der Mitteilung wird erklärt, daß zweifellos dieser Anschlag von nationalsozialistischer Seite verübt worden sei, ohne daß sie eine Begründung für diesen Verdacht ausdrückt.

Nach einer weiteren Meldung aus Krems sind bei dem Handgranatenanschlag 17 Personen schwer verletzt worden, von denen einige bereits mit den Sterbefragmenten versehen worden sind; für drei von ihnen besteht unmittelbare Todesgefahr.

Die deutsche Abordnung verläßt die Arbeitskonferenz.

Geneignung für die schweren marxistischen Verleumdungen gefordert.

Amtlich wird mitgeteilt:

Dem Präsidenten der 17. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz hat der deutsche Regierungsvertreter, der deutsche Arbeitgebervertreter und der deutsche Arbeitnehmervertreter folgende Erklärung übergeben:

„Zu Beginn der Konferenz sind in einer Gruppen-sitzung der Arbeitnehmer aberaus schwere Verleumdungen gegen Deutschland und seine Delegierten gefallen. Diese sind, wie nun in aller Deutlichkeit gesagt werden muß, von dem Vorsitzenden der Gruppe, trotz der Bitte um Zurückweisung und um Schutz der deutschen Interessen, bis jetzt nicht zurückgewiesen worden.“

Anschließend daran brachten Genfer Zeitungen Äußerungen, die der deutsche Arbeitnehmervertreter, Herr Dr. Ley, auf einer Pressebesprechung getau haben soll. Herr Dr. Ley hat alle ihm unterstellten Äußerungen entschieden in Abrede gestellt und öffentlich demontiert. Darüber hinaus ist von den maßgebenden deutschen Stellen erklärt worden, daß Deutschland größten Wert lege auf freundschaftliche Beziehungen zur Bevölkerung aller Länder, insbesondere auch zu den südamerikanischen Staaten.

Dessen ungeachtet wurde auf sogenannten offiziellen Tagungen der Arbeitnehmergruppe der Konferenz, zu denen man den deutschen Delegierten den Zutritt brüst verweigerte, der abgetane Vorfall wiederholt besprochen und alsdann von dem Vorsitzenden dieser Gruppe öffentlich behandelt. Diese sogenannten offiziellen Tagungen sind durch Verlautbarungen in den amtlichen Deutschen der Konferenz zustande gekommen, obwohl wir gegen den nicht korrekten Vorgang zu verschiedenen Malen, leider vergeblich, an zuständiger Stelle Einspruch erhoben haben.

Wir erwidern in den bezeichneten Vorfällen eine schwere Verleumdung der deutschen Abordnung in ihrer Gesamtheit.

Angesichts dieser Sachlage sieht sich die deutsche Delegation gezwungen, die Konferenz zu verlassen. Sie bedauert lebhaft, an der sachlichen Arbeit, zu der sie sich

werden konnten. Jetzt hat der Ministerpräsident Gömbös aber erklärt, seine Aufgabe in Berlin sei es, „einen günstigen Markt für Ungarn und Deutschland vorzubereiten“. Diese wirtschaftspolitische Aufgabe zu erfüllen wird ihm nicht zuletzt deswegen ermöglicht werden, weil Ungarn ebenso wie Deutschland gleichgerichtete politische Ziele vor sich sehe.

wiederholt und eindeutig bereit erklärt hat, solange verhindert zu sein, als den deutschen Forderungen nicht Genüge getan und den berechtigten deutschen Beschwerden nicht abgeholfen worden ist.

Genf, den 19. Juni 1933. (gez.) Hans Engel, Mansfeld, Vogel, Dr. Robert Ley.“

Es kriselt schon in London.

Die Weltwirtschaftskonferenz läuft sich fest.

Die zweite Woche der Weltkonferenz beginnt mit noch schlechteren Vorzeichen als die erste. Selbst am Sonntag hatten die Verhandlungen nicht aufgehört, aber sie haben nur zu einer Verschlechterung der allgemeinen Konferenzlage geführt.

Die Amerikaner haben, wenn auch in verlauselter Form, alle Zugeständnisse, namentlich in der Währungsstabilisierungsfrage, wieder zurückgenommen. Die Delegation als solche ist gespalten, und ein Teil der Delegation mißbilligt selbst den Vorschlag von Washington, die Höhe allgemein in der Welt um 10 Prozent zu senken. Auf der anderen Seite wünscht Roosevelt, daß die Stabilisierung des Dollar aber selbst die vorläufige feste Beziehung zwischen Dollar und Pfund nicht in volle Wirksamkeit tritt. Das bedeutet, daß die Konferenz wieder an den Anfang zurückgedreht ist.

Alle amerikanischen Wälder bringen spaltenlange Berichte über die nach Meinung ihrer Korrespondenten völlig verfahrenen Lage

auf der Weltwirtschaftskonferenz. Es sei offensichtlich, daß nach einer Woche Konferenzreden so gut wie gar kein Fortschritt gemacht worden sei und daß, sobald es hart auf hart gehe, die Solidarität der Nationen, die in den Einleitungsreden so schön und wortreich betont wurde, zum Teufel geht.“

Sehr peinlich berührt die Tatsache, daß in der amerikanischen Delegation selbst keine Einigkeit herrscht. Auf Grund dieser Tatsache ziehen die Zeitungen den Schluß, daß man wohl kaum große Ergebnisse erwarten könnte, wenn sich die Delegationen ein und desselben Landes nicht einig sind.

In Ausschüsse zerpflegt.

Am Montag tagten der Finanz- und der Wirtschaftsausschuss der Weltwirtschaftskonferenz. Auf der Sitzung des Wirtschaftsausschusses, in der Deutschland durch Staatssekretär Wang vertreten war, verlas der französische Kolonialminister zunächst die französischen Vorschläge, in denen Erzeugerabkommen gefordert werden.